

der EKD bei den europäischen Institutionen (im Rahmen der „Europäischen Ökumenischen Kommission für Kirche und Gesellschaft“, in der nichtkatholische Kirchen der EG-Mitgliedsstaaten zusammenarbeiten) verstärkt werden. Die Frage nach ihrer Haltung gegenüber dem EG-Integrationsprozeß dürfte aber für die evangelische Kirche in der Bundesrepublik in Zukunft vermutlich noch mehr als bisher im Schatten der deutsch-deutschen Entwicklung stehen. In einem Kommentar des Informationsdienstes der Evangelischen Allianz (idea Nr. 101/89 v. 6.11.) wurde kritisch angemerkt, ob die EKD „in dieser Stunde“ nicht etwas zur offenen deutschen Frage hätte sagen müssen, und ge-

fragt: „Stellt sich die EKD auf eine mögliche Überwindung der Teilung im Land der Reformation ein?“ Die Erklärung der Synode zur Entwicklung in der DDR bekräftigte die bisherige Linie der besonderen kirchlichen Gemeinschaft mit den evangelischen Kirchen der DDR unter ausdrücklicher Respektierung von deren eigenem Weg und sprach nirgendwo von der Wiederherstellung der staatlichen Einheit als erstrebenswertem Ziel. Man wird sehen müssen, ob diese Grundposition im deutschen Protestantismus weiterhin bestimmend bleibt oder nicht zweifellos vorhandene national-konservative Strömungen wieder stärker hervortreten. U. R.

kenenswert an den sowjetischen Beiträgen in Klingenthal (jedes Teilthema wurde in Parallelreferaten aus marxistischer und christlicher Sicht behandelt) war vor allem, daß sich ihre Sicht des europäischen Erbes in seinen verschiedenen Strömungen und Entwicklungsstufen weithin mit der christlichen Gesprächspartner deckte. So würdigte Michail Narinski vom Institut für Universalgeschichte der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften ausdrücklich die Bedeutung des Christentums für die europäische Kultur: Die christliche Überzeugung von der in seiner Gottesebenbildlichkeit begründeten Würde jedes einzelnen Menschen sei eine Voraussetzung für die spätere Konzeption der Menschenrechte. Die charakteristischen Züge des christlichen Denkens hätten sich auf die gesamte europäische Kultur und Wissenschaft ausgewirkt. Selbst Theorien und Konzeptionen, die von der Religion weit entfernt gewesen seien oder sie sogar abgelehnt hätten, hätten den Einfluß des Christentums mitgespürt.

Christen/Marxisten: Gespräch über Europa

Drei Jahre nach dem vom Päpstlichen Sekretariat für die Nichtglaubenden und der Ungarischen Akademie der Wissenschaften veranstalteten christlich-marxistischen Dialogtreffen von Budapest (vgl. HK, November 1986, 546) fand jetzt im unterelsässischen Klingenthal am Fuß des Odilienbergs vom 18. bis zum 21. Oktober eine neue Gesprächsrunde dieser Art statt. Partner des (seit der Kurienreform so benannten) „Päpstlichen Rats für den Dialog mit den Nichtglaubenden“ war diesmal das *sowjetische Komitee für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*. Während die marxistische Seite in Budapest und beim Vorgängertreffen in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana (es fand im Mai 1984 statt) durch Teilnehmer aus mehreren kommunistischen Ländern vertreten war, kamen die marxistischen Gesprächspartner in Klingenthal alle aus der Sowjetunion. In Ljubljana hatte man sich mit dem Verhältnis von Wissenschaft und Glaube beschäftigt; das Treffen in Budapest stand unter dem Thema „Gesellschaft und ethische Werte“. Diesmal ging es um die „Rolle der Zivilisation beim Aufbau des gemeinsamen europäischen Hauses“.

Im Ostflügel dieses Hauses haben sich in den letzten Jahren und Monaten Veränderungen vollzogen, die man sich zur Zeit des Budapester Kolloquiums nicht hätte träumen lassen. Kardinal Paul Poupard, der Präsident des Rates für die Nichtglaubenden, machte in seiner Eröffnungsansprache in Klingenthal darauf aufmerksam: „Seit 1986 haben sich die Ereignisse überstürzt. Die ideologischen Verfestigungen sind dabei, sich aufzuweichen. Ein neuer Prozeß mit noch vor kurzem unvorstellbaren Veränderungen bahnt sich in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern den Weg. Die Menschenrechte werden besser geachtet. Die Gläubigen erhalten einen größeren Freiraum.“ Evgenij Silin, Vizepräsident des sowjetischen KSZE-Komitees, der zusammen mit Kardinal Poupard das Treffen leitete, sprach von einem „Augenblick großer Veränderungen“ im Leben der europäischen Völker.

Als ein Ziel des Gesprächs nannte Silin die Besinnung auf die „tiefen Wurzeln der europäischen Zivilisation“, ohne die man sich die Verwirklichung des gemeinsamen europäischen Hauses nur schwer vorstellen könne. Bemer-

Kaum noch Unterschiede im Geschichtsbild

Der sowjetische Philosoph Advard Arab-Ogli, der über „europäische Zivilisation und allgemeinemenschliche Werte“ referierte, sprach von der Anerkennung der Souveränität der Persönlichkeit, auf die sich sowohl der weltliche wie der religiöse Humanismus stützten, deren Geschichte bis zum frühen Christentum und zur Stoa zurückreichten. Arab-Ogli erinnerte an die westeuropäische Machtteilung zwischen sacerdotium und imperium und hob hervor, daß es in der europäischen Zivilisation durch solche Teilung der Macht gelungen sei, trotz vorübergehender Rückschläge sowohl die Gefahr des Totalitarismus wie die der Theokratie zu vermeiden. Je polyzentrischer die Macht in einer Gesellschaft verteilt sei, desto demokratischer sei diese, desto unabhängiger seien die Bürger von ihrem Staat.

Ein Grundzug der sowjetischen Beiträge zum Thema Europa war das Bemühen, den Anschluß an die in Antike

und Christentum verwurzelt, durch die Aufklärung maßgeblich bestimmte neuzeitliche *Freiheitsgeschichte* mit ihrem Verständnis von Menschenrechten, Rechtsstaat, Gewaltenteilung und Demokratie zu gewinnen, dieses Erbe in Theorie und Praxis aufzuarbeiten und als Korrektur gegenüber Dogmatismen und Verengungen des „real existierenden Sozialismus“ einzubringen.

So betonte der Philosoph *Alexander Ignatenko*, die Demokratie müsse pluralistisch sein. Schon deshalb stehe sie im Gegensatz zum Dogmatismus als dem geistigen und der Diktatur als dem praktisch-politischen Totalitarismus. *Alexander Berkov* vom Institut für Staats- und Rechtswissenschaften der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften sprach sich für die Priorität der „allgemeinen europäischen und menschlichen Werte“ gegenüber den Interessen von Nationen und Klassen aus und hob hervor, die Sowjetunion bemühe sich derzeit darum, ihr Recht und ihre Gesetzgebung den von ihr unterzeichneten Menschenrechtsabkommen anzupassen. Der Historiker *Nikolaj Kowalsky* wies in seinem Referat über den Aufbau des gemeinsamen europäischen Hauses auf die Notwendigkeit hin, die europäische Zusammenarbeit „im humanitären Bereich und bezüglich der menschlichen Dimension“ weiterzuentwickeln. Die Sowjetunion sei an diesem Prozeß beteiligt, wobei Kowalsky in diesem Zusammenhang auch das geplante „Gesetz über die Gewissensfreiheit“ (vgl. HK, Mai 1989, 205 f.) erwähnte.

Die Sowjetunion auch geistig-kulturell im Übergang

Auf konkrete Fragen zum gegenwärtigen Status der Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion und zu möglichen Veränderungen ließ sich die sowjetische Delegation in Klingenthal nur sehr vorsichtig ein. In bezug auf die kulturelle und politische Gesamtsituation in seinem Heimatland nahm Alexander Ignatenko in seinem Referat allerdings kein Blatt vor den Mund: In der Sowjetunion gebe es

heute eine Vielzahl von geistigen Strömungen, vom humanistischen Sozialismus über den Neo-Stalinismus bis zum Nationalismus und Chauvinismus; der syndikalistische Anarchismus sei ebenso anzutreffen wie der Monarchismus, der Liberalismus wie der Konservatismus, der Zionismus und der Antisemitismus. Das Wiederaufleben des Pluralismus in der UdSSR führe zu gewissen Widersprüchen, die sich teilweise zu Konflikten entwickelt hätten. Neben positiven Elementen seien auch der Extremismus und die Verantwortungslosigkeit, Egoismus und Anarchie zu Bestandteilen der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit geworden.

Insgesamt belegten die sowjetischen Referate und Diskussionsbeiträge bei der Dialogtagung, wie sehr sich die UdSSR nicht nur politisch, sondern auch ideologisch in einem sehr labilen, in sich *vielschichtigen Übergangsstadium* befindet. Vom dogmatischen Marxismus-Leninismus war in Klingenthal nichts mehr zu spüren, weder in der Geschichtsdeutung noch bei den Überlegungen zur Gestaltung von Staats- und Rechtsordnung. Es zeigte sich vielmehr die Bereitschaft, westliche Konzepte und Erfahrungen genauer kennenzulernen und zu prüfen, aber auch eine erhebliche Portion Unsicherheit. Das Diskussionsklima war deutlich entspannter als bei den vorausgegangenen Treffen in Ljubljana und Budapest, was von beiden Seiten hervorgehoben wurde. Kardinal Poupard sprach von einer „Atmosphäre der Aufrichtigkeit, des Freimuts und der Offenheit“.

In seiner Eröffnungsansprache hatte der Präsident des Rates für den Dialog mit den Nichtglaubenden seine Vorstellung von den Fundamenten der europäischen Kultur mit der Parole „Gott und die Freiheit“ des französischen Dominikanerpredigers Lacordaire aus der Mitte des 19. Jahrhunderts zusammengefaßt. Die christlichen Gesprächspartner in Klingenthal waren darum bemüht, beides zu seinem Recht kommen zu lassen: die im christlichen Glauben begründete Gutheißung der modernen Freiheitsgeschichte, der Demokratie und des

gesellschaftlichen Pluralismus wie die Bedeutung des Ethischen bzw. eines verbindlichen Wertfundaments, ohne das Pluralismus und Demokratie gefährdet sind. „Nur eine pluralistische Demokratie, die auf einem ethischen Verhaltenskodex aufruht, hat die Chance, die Errungenschaften des Rechtsstaats und der Menschenrechte zu bewahren“ – so das Fazit des in Straßburg lehrenden Sozialethikers *Roland Minnerath*. Der französische Jesuit *Jean-Yves Calvez*, seit Oktober Chefredakteur der Monatszeitschrift „Etudes“, nannte als ein wesentliches Merkmal des angezielten Europa von morgen „Dualität und Komplementarität, Distanz und gegenseitigen Respekt zwischen den politischen Instanzen einerseits und den kulturellen und religiösen Instanzen andererseits“.

Einzigster katholischer Referent aus einem Land des Warschauer Pakts war der am Erfurter Philosophisch-theologischen Studium lehrende Philosoph *Konrad Feiereis*. Feiereis fragte nach dem Beitrag der Christen zum Gemeinwohl in einem sozialistischen Staat und verwies dabei auf die Prinzipien der christlichen Soziallehre. Die Antwort auf die Frage, ob Christen in einer sozialistischen Gesellschaft nach diesen Prinzipien leben, handeln könnten, sei nicht nur entscheidend für das konkrete Leben der Christen im sozialistischen Staat, sondern stelle auch Weichen für das Zusammenleben von Christen und Marxisten im gemeinsamen Haus Europa. Christen in der DDR und in anderen sozialistischen Ländern sähen die Möglichkeit, ein gemeinsames Haus Europa zu errichten, nur dann, „wenn die Menschen unterschiedlicher Überzeugung und Weltanschauung in einen Dialog über das bonum commune eintreten und für seine Realisierung zusammenwirken, innerhalb eines Landes ebenso wie über geographische und historische Abgrenzungen hinweg“. Der Dialog von Klingenthal soll nach dem Willen beider Seiten fortgeführt werden. Die sowjetische Delegation lud zu einer weiteren Begegnung in die UdSSR ein, bei der es vermutlich um die Frage nach dem Menschenbild gehen wird. U. R.